

# Arbeitslosigkeit sinkt trotz Gewerkschaften

Fragwürdiger politischer Stil – Alte Theorien aufgetischt – Kontraproduktive Rezepte

Von Peter Morf

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hält nicht viel von Wirtschaftsminister Pascal Couchepin. Als in der vergangenen Woche bekannt wurde, dass Bundesrat Couchepin die stark zurückgegangene Arbeitslosigkeit selbst kommentieren werde, reagierte der SGB umgehend. Gewerkschaftssekretar Serge Gaillard formulierte ein Papier als Gegenposition zu Couchepin, der «die jüngste Entwicklung der Arbeitslosenzahlen als Erfolg einer neoliberalen Deregulierungspolitik interpretieren» werde. Die Stellungnahme wurde am 10. Juni, mit Sperrfrist 14. Juni, dem Tag von Couchepins Auftritt, an die Presse versandt.

## Bessere Konjunktur

Die Arbeitslosenzahlen sind in einem Ausmass gesunken, das alle Prognostiker überrascht hat. Ende Mai waren 98 600 Arbeitslose registriert, knapp 7% weniger als im Vormonat und 31% weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenzahl erreichte den tiefsten Wert seit sieben Jahren, und die Arbeitslosenquote schrumpfte auf 2,7%. Obwohl der Rückgang durch statistische Effekte überzeichnet wird, hat sich die reale Lage erheblich verbessert.

Bundesrat Couchepin präsentierte eine differenzierte Analyse und nahm den Gewerkschaften den Wind aus den Segeln. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 1997 sei zu einem grossen Teil auf die Massnahmen zurückzuführen, die Arbeitslose in Weiterbildungsprogrammen beschäftigen. Im vergangenen Jahr hingegen sei das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von real 2,1% für die Entspannung verantwortlich gewesen. Schliesslich spiele die im internationalen Vergleich hohe Flexibilität des Arbeitsmarkts eine Rolle.

Der SGB jedoch nimmt den Erfolg in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für sich in Anspruch und spricht von einem «Rückgang dank gewerkschaftlicher Re-



Die Frequenzen auf den Arbeitsämtern sind gesunken, die Austritte überwiegen die Eintritte.

BILD KEYSTONE ONLINE

zepten». An erster Stelle wird auf die Wende der Geldpolitik im Sommer 1996 verwiesen, als die Nationalbank begonnen habe, die kurzfristigen Zinsen zu steuern und dadurch eine weitere Aufwertung des Franken verhindert habe. Damit wird erneut die Illusion geschürt, wonach die Notenbank über ihre Geldpolitik den Wechselkurs nachhaltig beeinflussen kann. Während in der kurzen Frist gewisse Effekte denkbar sind, richten sich die Wechselkurse längerfristig stets nach der Wirtschaftskraft des Landes, die sich ihrerseits über die Geldpolitik nicht entscheidend beeinflussen lässt.

Ausser auf die restriktive Geldpolitik verweist Gaillard auf das Investitionsprogramm, das zu einer «deutlichen Erhöhung der öffentlichen Bauausgaben» geführt habe. Die Aussage ist zu relativieren: Die Bauinvestitionen der öffentlichen

Hand stiegen 1998 gut 1%. Der Rückgang in der Baugewerbe kam vor allem wegen der besseren Konjunktur zum Stillstand. Das Investitionsprogramm hat die strukturelle Bereinigung der Branche verzögert.

## Glaube an Keynes

Die gewerkschaftliche Position ist nach wie vor von einem Glauben an die Steuerbarkeit der Konjunktur geprägt. Das gilt auch für die Forderungen des SGB: So müssten die Geld- und Finanzpolitik dafür sorgen, dass die schweizerische Wirtschaft während vier Jahren 3% p.a. wachse. Zudem sei die Arbeitslosigkeit über eine sukzessive Verkürzung der Arbeitszeit abzubauen. Dabei wird ausser Acht gelassen, dass eine erzwungene Verkürzung per saldo mehr Arbeitsplätze vernichtet als schafft. Weiter warnt der SGB

vor weiterer Deregulierung. In den letzten fünf Jahren seien bedeutsame Schritte gemacht worden, die Deregulierung sei aber kein Mittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Sie setze vielmehr Arbeitskräfte frei und verschlechtere die Arbeitsbedingungen. In Tat und Wahrheit sind allein in den vergangenen zwei Jahren über 70 000 Arbeitsplätze geschaffen worden.

Die gewerkschaftlichen Forderungen gipfeln im Ruf nach einer Schliessung von Steuerschlupflöchern und der Einführung einer Kapitalgewinnsteuer. Offenbar hat sich in diesen Kreisen noch nicht herumgesprochen, dass als Konsequenz Kapitalgeschäfte aus der Schweiz ausgelagert und Arbeitsplätze vernichtet würden. Eine Analyse des SGB-Papiers führt zum Schluss, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt nicht wegen, sondern trotz gewerkschaftlicher Forderungen verbessert hat.

Finanz und  
Wirtschaft  
16.6.99



INFO-PARTNER